STADT STEIN AM RHEIN

Sitzung 01/14 des Einwohnerrates

Freitag, 28. Februar 2014, 20.00 - 22.15 Uhr
Bürgerasyl, Jakob und Emma Windler-Saal

Vorsitz:	Cantieni	Arthur	SP	Präsident
Anwesend:	Einwohnerrat			
	Cantieni	Arthur	SP	Präsident
	Derrer	Jörg	SP	Stimmenzähler
	Dean	Cornelia	SP	
	Della Giacoma	Claudio	FDP	
	Flück	Christian	Pro Stein	Stimmenzähler
	Frei	Christoph	Pro Stein	
	Gruhler Heinzer	Irene	SP	
	Käser	Werner	FDP	
	Marchetto	Gian Luca	SVP	Vize-Präsident
	Ochsner	Daniel	SVP	
	Oster	Rolf	SP	
	Rossi	Jean-Marc	ÖBS	
	Schäffeler	René	FDP	
	Spescha	Peter	SP	Aktuar
	Vetterli	Ruedi	parteilos	
	Stadtrat			
	Eimer	Claudia Pia	Stadtpräsidentin	
	Böhni	Ernst	Sicherheitsreferent	
	Hug	Beat	Finanzreferent	
	Oderbolz	Markus	Bau- und Werkreferent	
	Schilling	Heidi	Sozialreferentin	
	Verwaltung			
	Brügel	Stephan	Stadtschreiber	
	Grötchen	Robert	Polizeichef/Weibel	
Entschuldigt:	-			
Protokoll:	Widmer	Yvonne	Protokollführerin	

Traktanden

1. Protokollgenehmigung
2. Motion Lengacher, Radweg Ortseingang bis Undertor:
   Antrag auf Abschreibung
3. Ersatz Wasserleitung Oberi Breiti bis Reservoir Erlen:
   Kreditantrag über Fr. 169‘000.-
4. Neubau Reservoir Erlen:
   Kreditantrag über Fr. 1‘660‘000.-
5. Alters- und Pflegeheim Clara Dietiker, Bauliche Erweiterung und Verbesserung sowie Instandhaltungsarbeiten:
   Kreditantrag über Fr. 6‘850‘000
6. Allgemeine Umfrage

Einwohnerratspräsident Arthur Cantieni eröffnet die Sitzung um 20.00 Uhr und begrüsst die Anwesenden. Da es seine vierte Amtszeit als Präsident ist und er auch schon zweimal als Alterspräsident das Jahr eröffnen durfte, verzichtet er auf eine weitere Antrittsrede.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

INNERES, Einwohnerrat, Protokolle 03.20.005

1. Protokollgenehmigung

Das Protokoll der Sitzung vom 13. Dezember 2013 wird genehmigt.

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

**2. Motion Lengacher, Radweg Ortseingang bis Undertor:
Antrag auf Abschreibung**

Markus Oderbolz, Werk- und Baureferent, verweist auf den vorliegenden schriftlichen Antrag. Im Verlauf des letzten Jahres wurden dem Einwohnerrat zwei Teilprojekte im Bereich der Hemishoferstrasse vorgelegt. Mit dem Projekt Ost und West wurde die neue Verkehrsführung für die Radfahrer mit Kernfahrbahn durch den Einwohnerrat genehmigt. Dies hat den Stadtrat dazu bewogen, die Motion Lengacher, die 31 ½ Jahre alt ist, abzuschreiben. Er bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Eintreten

Peter Spescha, SP, meint „was lange währt, wird endlich gut“ oder eben halt doch nicht ganz. Der zweite Teil der Hemishoferstrasse wird zur Kernfahrbahn umgebaut, dadurch wird den Radfahrern ein Raum zugewiesen, in dem sie vortrittsberechtigt sind und einigermassen sicher fahren können. Sie sind auch nicht mehr gezwungen, beim Schwemmgraben die Kantonsstrasse zu queren. Aber entspricht dies den Forderungen des Motionärs? Dieser hat seinerzeit eine Projektierung und eine Überweisung an den

Einwohnerrat verlangt. In den letzten 31 ½ Jahren hat es seines Wissens keiner der Stadträte geschafft, diese Motion zu erfüllen, also weder zu projektieren, noch einen Antrag zu unterbreiten.

Die Geschichte hat seiner Meinung nach zwei Aspekte: Beim ersten handelt es sich um den fachlichen Aspekt. Es werden baulichen Massnahmen ergriffen, um den Radfahrern einen sicheren Raum zuzuweisen. Damit erreicht man eine Verbesserung zum vorherigen Zustand; für die Radfahrer als auch für die Quartierbewohner. Vor diesem Hintergrund könnte man es als Zwängerei auslegen, wenn man die Motion Lengacher nicht abschreiben würde. Der andere Aspekt ist politischer Art. Die Motion ist in keiner Weise dem Wortlaut des Motionärs entsprechend erfüllt worden. Man steht sozusagen vor einem Dilemma. Ausführungsmässig könnte man mit gutem Willen sagen, man kann diese Motion abschreiben, auch wenn nur ein Radstreifen entstanden ist. Politisch betrachten muss man sich fragen, ob man akzeptieren will, dass eine Forderung des Einwohnerrates nicht erfüllt wird. Es gilt also abzuwägen, zwischen etwas Realisiertem, das der Motion nicht entspricht und der politischen Tragweite. Die SP-Fraktion ist für Eintreten.

Christoph Frei, Pro Stein, verweist auf die fast 32 Jahre, die es her ist, seit A. Lengacher diese Motion eingereicht hat. Es hat viel Geduld gebraucht, bis man dies endlich angegangen ist. Die erste Hälfte ist fertig gestellt, die zweite Hälfte geht hoffentlich nicht mehr 32 Jahre. Deshalb kann man sich auf die Eröffnung des durchgehenden Radweges sicher freuen. Er kann sich der Meinung des Vorredners anschliessen, dass die getroffene Lösung sicher nicht der Vision des Motionärs entspricht. Aber seinerzeit wusste auch noch niemand etwas von einer Kernfahrbahn. Kernfahrbahnen entsprechen den neuen Verkehrsführungen innerorts. Die gegenseitige Rücksichtnahme ist innerorts dadurch gegeben und es ist eine Lösung, die akzeptiert werden kann. Die Quartiere können entlastet werden und man ist schlussendlich bei einer guten Lösung, die umgesetzt wird.

Ein spezieller Dank für die grosse Geduld geht an Herrn Lengacher, der endlich, nach fast 32 Jahren, den Zettel vom Kühlschrank entfernen kann.

Die bürgerliche Fraktion ist für Eintreten.

Ruedi Vetterli, parteilos, hatte die gleichen Zweifel und hat deshalb das Gespräch mit A. Lengacher gesucht, um zu wissen, was dieser dazu meint. A. Lengacher hat zuerst gelacht und danach gemeint, von seiner Seite her könne man die Motion gut abschreiben. Es habe viele Verbesserungen für die Radfahrer gegeben, auch wenn es nicht wörtlich dem entspreche, was er geschrieben habe. Aber für ihn sei es erledigt und könne abgeschrieben werden und wenn nicht, käme Stein am Rhein mit dieser Motion ins Guinness Buch der Rekorde.

Beschluss:
Mit 10 Ja- zu 4 Nein-Stimmen wird die Motion Lengacher „Radweg ab Unterführung bis zum Untertorplatz“ als erledigt vom Protokoll abgeschrieben

Mitteilung an
Alfred Lengacher, Rietstrasse 32, 8260 Stein am Rhein
Stadtschreiber
Stadtkanzlei
Ablage

BAU, Wasserversorgung, Wasserversorgung 00.50.020

3. Ersatz Wasserleitung Oberi Breiti bis Reservoir Erlen: Kreditantrag über Fr. 169‘000.-

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent, unterbreitet einen weiteren Antrag aus dem Weissbuch. Das Wasserprojekt Oberi Breiti hat ein besonderes Merkmal, nämlich dass es in Verbindung mit dem nachfolgenden Antrag zu sehen ist. Es wurde bewusst darauf verzichtet, diese beiden Geschäfte zusammenzuführen, da diese im Weissbuch auch einzeln aufgeführt worden sind, aber sie werden in derselben Sitzung zur Zustimmung vorgelegt.

Die Details sind im Bericht und Antrag beschrieben. Es müssen Gesamtkosten von Fr. 169‘000 bewilligt werden, abzüglich der zu erwartenden Subventionen entsteht eine Nettobelastung von Fr. 129‘500. Bezüglich Termin möchten sie, falls die Zustimmung erfolgt, schnell mit der Umsetzung beginnen, so dass die Teilsanierung im ersten Halbjahr vorgenommen werden kann. Fragen beantwortet er gerne in der Detailberatung und der Stadtrat bittet um Genehmigung.

Eintreten

Jörg Derrer, SP, erklärt, dass nun die zweite Etappe der Klingenstrasse mit dem 124 Jahre alten Reservoir Erlen zur Sanierung kommt. Sie SP-Fraktion ist für Eintreten und wird diesem Antrag zustimmen. Dies ist ein wichtiger Teil des Wasserversorgungsprojektes und muss vor dem Reservoir Erlen gemacht werden.

Werner Käser, FDP, führt aus, dass die Wasserleitung zum Reservoir Erlen ein Teil des generellen Wasserversorgungsprojektes und die Fortsetzung der bereits ausgeführten Leitungserneuerungen ist. Der gleichzeitige Anschluss der Quelle Ombisbüel ist sinnvoll. Zusätzlich ist die Erstellung einer Abwasserleitung für Fr. 11‘000 nötig, hier haben sich die gesetzlichen Vorschriften geändert. Die bürgerliche Fraktion ist für Eintreten und wird dem Kredit zustimmen.

Detailberatung

Seite 3

Gian Luca Marchetto, SVP, möchte dem Stadtrat beliebt machen, das Wort „Diverses“ bei den Vorlagen durch „Unvorhergesehenes“ zu ersetzen. Bei ihm hat das Unbehagen ausgelöst, da er nicht recht gewusst hat, was mit „Diverses“ gemeint ist. Er wurde dann an der Fraktionssitzung und durch den Baureferenten informiert, dass dies eigentlich „Unvorhergesehenes“ ist.

Beschluss

1. **Der Baukredit über Fr. 169‘000 für den Ersatz der Wasserleitung sowie der Reservoirableitung von der Oberi Breiti bis zum Reservoir Erlen wird einstimmig genehmigt.**
2. **Die Abschreibungsdauer wird gemäss Art. 84, Abs. 2 des Gemeindegesetzes auf 25 Jahre festgelegt.**

Der Beschluss unterliegt gemäss Art. 21 lit. B Stadtverfassung dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an

Bau-/Werkreferat
Finanzreferat
Stadtkanzlei
Ablage

BAU, Wasserversorgung, Wasserversorgung 00.50.020

BAU, Wasserversorgung, Reservoire 00.50.015

4. Neubau Reservoir Erlen:
Kreditantrag über Fr. 1‘660‘000.-

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent, freut sich, den Neubau des Reservoirs Erlen zu beantragen. Jedes Reservoir, jede Quellfassung ist ein wichtiger Lebensnerv einer Gemeinde. Wasser ist kostbar und es ist wichtig, hier Geld zu investieren. Damit können die Anforderungen an die Wasserversorgung und an die Qualität des Wassers gewährleistet werden. Eine detaillierte Beschreibung liegt in den Unterlagen vor, er möchte auf zwei Dinge im Speziellen hinweisen.
Im sogenannten Weissbuch ging man noch von geringeren Kosten aus. Bei den Abklärungen anlässlich der Projektausarbeitung wurde festgestellt, dass die vorhandenen Fundationen beim neueren, grösseren Projekt erneuert werden müssen. Dies verteuert das Projekt nicht unwesentlich. Darüber waren sie auch nicht sehr glücklich. Eine Zweitmeinung zu diesem Thema hat dies jedoch leider bestätigt.
Die aufgeschlüsselten Kosten sind detailliert aufgeführt. Die Gesamtkosten betragen Fr. 1,66 Mio., zugesichert sind Subventionen von Fr. 382‘000.
Wie bekannt, werden diese grossen Investitionen gemacht, da Subventionen abgeholt werden können. Aus der Presse konnte entnommen werden, dass Gemeinden bereits um eine diesbezügliche Fristerstreckung ersucht haben, da sie mit ihren Projekten noch nicht so weit sind. Stein am Rhein ist in der glücklichen Lage, dass sämtliche Projekte, termingerecht unterbreitet werden können.
Am 18. Mai ist geplant, diese Vorlage dem Volk vorzulegen und sie hoffen, im Herbst 2014 mit der Realisierung und Umsetzung dieses Projektes beginnen zu können. Der Stadtrat bittet dem Antrag zuzustimmen.

<u>Eintreten</u>
Jörg Derrer, SP, erinnert daran, dass das Reservoir Erlen schon seit 120 Jahren Stein am Rhein mit gutem Trinkwasser aus vier Quellen versorgt, mit einem mittleren Ertrag von ca. 300 l/Min. Es muss jetzt ersetzt werden aus Gründen der Löschreserve, Erhöhung der Brauchreserve und den Vorschriften. Mit dem Reservoir Süd ergibt sich neu eine bessere Einheit und mit den neuen Leitungen bessere Druckverhältnisse in Etzwilen. Wegen den Subventionen ist es wichtig, dass das grosse Projekt Erlen vor Ende 2015 zur Ausführung kommt. Sie finden es auch richtig, dass das Quellwasser während dem Bau mit einer provisorischen Ableitung geputzt wird.

Vor dem alten Reservoir sind vier Platanen, die das gleiche Alter haben wie das Reservoir, diese müssen leider gefällt werden. Es wäre schön, wenn neue gesetzt würden.

Eine Bitte hat er noch: Die Löschwassersicherheit während der Bauzeit mit der Feuerwehr abklären und wenn nötig organisieren. Die SP-Fraktion ist für Eintreten.

Werner Käser, FDP, weist darauf hin, dass auch das Reservoir Erlen ein Teil des generellen Wasserversorgungsprojekts ist und nach 124 Jahren erneuerungsbedürftig, um den heutigen Anforderungen und veränderten gesetzlichen Vorschriften zu entsprechen. Mit der Erhöhung der Brauchreserve und der Löschwasserreserve, mit dem vollautomatischen Steuerungssystem, der besseren Zugänglichkeit wird das neue Reservoir Erlen wieder für viele Jahrzehnte seinen Beitrag zur sicheren Wasserversorgung leisten. Es ist jetzt 30 Jahre her, dass es im Wallis eine Typhus-Epidemie gegeben hat wegen schlechtem Trinkwasser. Das zeigt, wie wichtig gutes Trinkwasser für die Gesundheit ist und das muss einem auch etwas wert sein. Die Kosten sind mit Fr. 1,66

Mio. nicht unerheblich. Auch nach Abzug aller Subventionen verbleiben Nettokosten von Fr. 1,3 Mio.

In den Schaffhauser Nachrichten hat ein Leserbriefschreiber die beiden aktuellen Reservoir-Projekte in Schaffhausen und Stein am Rhein verglichen und ist dabei zum Schluss gekommen, unser Projekt sei wesentlich günstiger als jenes in der Stadt Schaffhausen.

Die bürgerliche Fraktion ist für Eintreten und wird dem Kredit zustimmen.

Detailberatung
Keine Wortmeldungen.

Beschluss

1. **Der Baukredit über Fr. 1‘600‘000 für den Neubau des Wasserreservoirs Erlen wird einstimmig genehmigt.**
2. **Die Abschreibungsdauer auf 25 Jahre gemäss Art. 84, Abs. 2 des Gemeindegesetzes festzulegen wird, einstimmig genehmigt.**

Der Beschluss unterliegt gemäss Art. 9 lit. e der Stadtverfassung dem obligatorischen Referendum.

Mitteilung an
Bau-/Werkreferat
Finanzreferat
Stadtkanzlei
Ablage

BAU, Städtische Gebäude, Alters- und Pflegeheim 00.25.005

SOZIALES, Heime, Betrieb Alters- und Pflegeheim 08.25.000

5. Alters- und Pflegeheim Clara Dietiker, Bauliche Erweiterung und Verbesserung sowie Instandhaltungsarbeiten: Kreditantrag über Fr. 6‘850‘000

Arthur Cantieni, Präsident, informiert über das weitere Vorgehen. Es liegt ein Rückweisungsantrag der bürgerlichen Fraktion vor, den alle Einwohnerräte erhalten haben. Zuerst muss über das Eintreten gesprochen werden und erst wenn Eintreten beschlossen ist, kann über den Rückweisungsantrag befunden werden.

Heidi Schilling, Sozialreferentin, teilt mit, dass die Altersheimvorlage eine sehr umfangreiche Vorlage ist. Sie wird sich in ihren Ausführungen auf den sozialen Aspekt konzentrieren, die baulichen Details werden anschliessend durch den Baureferenten erläutert.
Was ist geplant: Der Stadtrat legt dem Einwohnerrat 6 Teilprojekte vor für die Erweiterung und Sanierung des Alters- und Pflegeheims. Fr. 6,8 Mio. sind eine stolze Summe. Die Vorlage bietet aber die einmalige Chance, eine Verbesserung der Lebensqualität und ein Mehrwert für die Bewohnerinnen und Bewohner zu erreichen und auch gerüstet zu sein für die Anforderungen der Zukunft.
Zentral ist die Erschliessung mit Lift. Das Heim soll behindertengerecht zugänglich gemacht werden. Zudem bieten die 7 neuen Garagenplätze die Möglichkeit für Besucher

z.B. im Rollstuhl bis zum Lift hin zu fahren und zudem für die Spitex Fahrzeuge einen Garagenplatz.
Ein wichtiger Anteil für die Bewohner ist die Erweiterung des Speisesaals. Dadurch entsteht mehr Platz, die Bewohner haben mehr Rückzugsmöglichkeiten, die Rollatoren können parkiert werden und der direkte Zugang zum Garten ist sehr wichtig.
Auch bei der geschützten Wohngruppe wird es sehr viele Verbesserungen bringen. Demenzerkrankte haben einen grossen Bewegungsdrang. Es gibt dann einen Rundlauf und die vorhandene Sackgasse wird dadurch aufgehoben.
Der Garten ist in einem sehr schlechten Zustand, wenn man überhaupt von einem Garten sprechen kann. Dieser wird terrassiert, es entstehen 3 Ebenen. Die Pensionäre können dann mit dem Rollator spazieren, bis jetzt sind die Wege viel zu steil. Er wird Schattenplätze geben, die zum Verweilen einladen. Der Pavillon aus den Achtzigerjahren steht im Weg und wird zurückgebaut werden.

Ein weiterer Bestandteil ist die Garderobe und Anlieferung. Aufgrund der erhöhten Pflegebedürftigkeit haben wir heute mehr Personal im Heim als früher und auch mehr Lehrlinge. Der Platz in der Garderobe genügt überhaupt nicht mehr. Es gibt keine Duschen und bis jetzt auch keine Trennung zwischen Damen- und Herrengarderobe. Dies muss geändert werden.

Die Zufahrt zu den Besucher Parkplätzen ist ungenügend breit. Hier gibt es eine Verbreiterung und zusätzlich 6 Parkplätze.

Wieso beträgt die Vorlage jetzt Fr. 6,8 Mio. gegenüber 2012? Der Einwohnerrat hat im Februar 2012 Kenntnis erhalten über die angedachten Verbesserungen im Umfang von Fr. 2,2 Mio. Aber 2012 gab es andere Voraussetzungen: es war die Absicht, dass die behindertengerechte Erschliessung mit Lift und die Erneuerung des Gartens zu den geplanten Alterswohnungen gehören. Mit dem Rückzug des Projektes Alterswohnungen sind jetzt der Lift, Garage und die Gartenanlage zusätzlich in der Vorlage drin. Auch die Personalgarderoben und der Besucherparkplatz sind nicht in der Vorlage 2012 enthalten gewesen. Dies sind bereits 4 Projekte die zusätzlich sind. Dazu kommt die energetische Sanierung. 2010 hat der Einwohnerrat eine Orientierungsvorlage zur Kenntnis gehabt mit der Idee, laufend jährlich Fr. 200‘000 zu budgetieren. Rund die Hälfte der geplanten Massnahmen aus der Orientierungsvorlage vom August 2010, d.h. Fr. 1 Mio. sind bis jetzt verbaut worden. Die restliche Million, die noch nicht verbaut ist, ist in der Erweiterungsvorlage enthalten. Fazit daraus: es ist ein total anderes Projekt und der Betrag deshalb auch grösser.

Mit einer so grossen Summe muss man auch etwas gewinnen. Mit den vorliegenden Planungen kann der Stadtrat dem Einwohnerrat und der Bevölkerung eine Lösung vorschlagen, die eine gute Infrastruktur für die nächsten 15 -20 Jahre bietet. Es ist weiterhin eine optimale Versorgung von pflegebedürftigen Personen gewährleistet. Für diese Senioren spielt der Standort eine vernachlässigbare Rolle. Da stehen andere Anforderungen an erster Stelle. 90% der Bewohnerinnen und Bewohner sind pflegebedürftig, ca. 60% davon an Demenz erkrankt. Diese betagten Personen sind in der Regel massiv beeinträchtigt, häufig mit einem verloren gegangenen Orientierungssinn. Die entscheidenden Kriterien, ob sich die Bewohnerinnen und Bewohner im Heim wohlfühlen, sind nicht, ob sie nahe am Städtli wohnen. Entscheidend ist die Qualität der Pflege durch gut ausgebildetes Personal, die Freundlichkeit des Personals, die Essensqualität, eine optimale Infrastruktur mit gemütlichen Zimmern, ein Café, ein gut angelegter Garten zum Spazieren und Verweilen. Das sind die Kriterien, die zählen.

Eine zentrale Frage hat sich der Stadtrat auch gestellt: Genügt unser Heim auch in Zukunft? Lohnt sich eine Investition überhaupt? Der Stadtrat bejaht diese Frage. Unser

Heim kann mit der Entwicklung mithalten. Früher ist das Heim eine Anstalt gewesen mit straffen Richtlinien. In den 70iger Jahren wurde der Wandel vollzogen in ein freundlicheres Altersheim mit Mehrbettzimmern und Etagenduschen. Später wurden Einzelzimmer angeboten mit Pflegemöglichkeit, verbesserter Infrastruktur wie eigener Dusche mit WC und mit mehr Privatsphäre.

Heute sind wir einen Riesenschritt weiter. Es besteht für die Heimbewohner das Angebot, die Essenszeiten frei zu wählen, individuelle Bedürfnisse und Selbstbestimmung werden respektiert, Wohngruppen sind eingerichtet, Therapien und eine sinnvolle Alltagsgestaltung werden angeboten. Und in Zukunft wird sich die Situation nochmals völlig verändern. Die Seniorinnen und Senioren werden daheim wohnen bleiben, mit Hilfe der mobilen Krankenpflege. Im Alter zwischen 85 und 90, wenn es nicht mehr anders geht, wird ein Pflegeheim in Betracht gezogen. So auch in Stein am Rhein. Unser Heimleiter ist dank seinem Fachwissen in der Lage, die Anforderungen für die Zukunft zu erkennen. Diese Anforderungen sind in die Planung eingeflossen. Die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner sind berücksichtigt, sie fühlen sich wohl in unserem Pflegeheim. Dies hat übrigens auch die Qualitäts-Analyse bewiesen. Mit der Erweiterung wird ein guter Betrieb zusätzlich verbessert und der erhaltene Mehrwert kommt den Senioren zugute.

Tatsache ist, dass sich unser Altersheim zu einem Pflegeheim gewandelt hat. Diejenigen Personen, die noch die Möglichkeit haben, selbständig das Heim zu verlassen, brauchten eigentlich gar kein Pflegeheim, sondern andere geeignete Wohnformen wie betreutes Wohnen oder behindertengerechte Wohnungen. Zusammen mit dem Angebot der Spitex ist es möglich, in den eigenen vier Wänden zu wohnen. Die Spitex ist mobiler als die Senioren. Weil die Leute im Quartier bleiben, muss die Spitex überall hingelangen in kurzer Zeit. Das ist aber kein Problem bei den kleinräumigen Verhältnissen in Stein am Rhein. Der Stadtrat schätzt die privaten Initiativen für die Schaffung von Genossenschaften mit dem Ziel, ein gutes Angebot an Alterswohnungen respektive gemischtem Wohnen zu erhalten.

Wie ist die Vorlage entstanden? Fachleute haben die Vorlage erarbeitet. Das Architekturbüro Götz und Partner kennt sich im Pflegeheimbau bestens aus, der Heimleiter hat den betrieblichen Teil erarbeitet, der Bereichsleiter Finanzen die finanziellen Auswirkungen berechnet. An 10 Sitzungen ist die Vorlage im Projektausschuss thematisiert und überarbeitet worden. Der Projektausschuss besteht aus dem Baureferenten, dem Architekten, dem Heimleiter und der Sozialreferentin. Die Heimkommission hat sich ebenfalls mit der Vorlage befasst und der Stadtrat hat an mehreren Sitzungen die Vorlage diskutiert. Für die Mitglieder der einwohnerrätlichen Kommissionen wurde im Heim ein Rundgang angeboten.

Wir sind in der glücklichen Lage, dass die Jakob und Emma Windler-Stiftung die Situation erkannt hat und die Projekte mit Fr. 5 Mio. unterstützt. Sogar der Planungskredit von Fr. 120‘000 hat die Stiftung übernommen. Der Nettoaufwand beträgt Fr. 1,7 Mio. Die Abschreibungen und Zinsen können über die ordentliche Betriebsrechnung des Heims getätigt werden. Es wird keine zusätzliche finanzielle Belastung für die Bewohnerinnen und Bewohner geben, auch nicht für die Steuerzahler.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent, verweist auf die sehr detaillierten Angaben in der Vorlage über die verschiedenen Teilprojekte und Etappen. Er möchte kurz auf die wesentlichen Punkte eingehen.

Bezüglich des Liftes wurde innerhalb des Projektausschusses auch eine direkte Verbindung zum Altersheim geprüft. Wie aus den vorliegenden Plänen ersichtlich, ist eine direkte Anbindung aus Gründen der grossen Höhendifferenzen nicht möglich.
Bei der Erweiterung des Speisesaals, der in Verbindung steht mit dem Aussenraum, das ist im Schnitt ersichtlich, dass dies nur gegen Norden möglich ist, da man auf der Südseite durch die bestehenden Bauten sehr stark eingeschränkt ist. Dies ist auch ein Grund, wieso die Kosten teilweise höher sind, als zum Zeitpunkt der Vorlage, die im Einwohnerrat bewilligt wurde.
Um das Platzangebot zu erweitern, braucht es ebenfalls eine bauliche Erweiterung. Auch hier wurden verschiedene Varianten geprüft und die jetzt Vorliegende ist die beste bauliche Veränderung.
Die Verbesserung der Garderobe und Anlieferung erfolgt im Untergeschoss. Diese baulichen Massnahmen greifen leider sehr stark in die baulichen Strukturen ein, da müssen Verbindungen neu organisiert werden. Vor allem auch, um die Bedingungen des Personals zu verbessern.
Die Situation bezüglich Zufahrt zu den Besucher-Parkplätzen entspricht keinen Normen. Es kommt teilweise vor, dass der Heimleiter jemandem das Auto herunterfahren muss. Mit baulichen Massnahmen werden die Parkplätze im Norden erweitert und die Zufahrt verbreitert.
Gerne wird er in der Detailberatung noch Fragen zu den baulichen Massnahmen beantworten.

Eintreten

Rolf Oster, SP, teilt mit, dass sich die Fraktion eingehend mit dieser Vorlage auseinandergesetzt und auch verschiedene Aspekte geprüft hat. Er wird zuerst einige Worte über das Grundsätzliche verlieren und sich dann zu Standort, Finanzierungen, Vermutung, Nutzen und zu wichtigen Aspekten im Zusammenhang mit der Umsetzung des Projektes äussern.
Grundsätzlich muss man sich damit befassen, ob man ein Alters- oder ein Pflegeheim hat. Aus heutiger Sicht hat man eher ein Pflegeheim, da das Eintrittsalter meistens über 85 Jahre ist. Die Leute gehen gar nicht gerne in ein Altersheim, da man den privaten Haushalt quasi gegen eine WG eintauscht. Das tönt jetzt vielleicht etwas despektierlich, aber grundsätzlich ist es so, dass in einem solchen Heim gewisse Strukturen vorhanden sind, die das Zusammenwohnen überhaupt möglich machen. Viele sträuben sich deshalb davor, in ein Heim zu ziehen. Er persönlich würde dies genau so machen, weil er noch möglichst lange Freiheit haben möchte.
Wenn man den vorangehenden Aspekt in den Vordergrund rückt, ist es eigentlich klar, dass der Standort unabhängig ist. Der Standort kann irgendwo sein, in der Stadt, in Vorder Brugg usw.. Die Stadt erhielt dieses Grundstück geschenkt und aufgrund des Stiftungszwecks wurde darauf ein Altersheim errichtet. Wenn man die heutige Situation der Bewohner betrachtet, geniessen diese die Aussicht auf den Rhein, auf die schöne Landschaft und den nicht zu grossen Lärm an dieser Lage. Deshalb ist die SP zur Überzeugung gekommen, dass der Standort dort richtig ist.
Beim Finanziellen muss man sich immer überlegen, was der Nutzen ist, ist es vertretbar, das Geld zu investieren. Vom Aspekt aus, dass es sich um ein Pflegeheim handelt, dass das Eintrittsalter im Schnitt bei 88,5 Jahren liegt, hat man mit dieser Vorlage ein Projekt gemacht, dass den Nutzen eines Pflegeheims unterstützt und mit sinnvollen Aspekten erweitert. Für die SP ist es ganz klar keine Alternative, wenn Wohnraum für ältere Personen geschafft mit begleitetem Wohnen oder ein Wohnheim von der Stadt betrieben würde. Es sind Institutionen wie die Spitex vorhanden, die helfen, die älteren Leute zu unterstützen so lange sie zuhause wohnen möchten. Am wohlsten fühlt man

sich zuhause und dort ist es auch am günstigsten. Ein Pflegeheim braucht pro Bewohner mindestens 150 Stellenprozente.
Im Vorfeld dieser Einwohnerratssitzung hat man verschiedene Sachen gehört, z.B. Zahlen, mit denen man an einem anderen Standort ein neues Heim bauen könnte usw. Dies wurde durch sie auch überprüft und er hat selbst noch etwas recherchiert und sie kommen zum Schluss, dass für den Betrag, der hier im Raum steht, kein Heim gebaut werden kann. Dies führt dazu, dass die jetzige Situation eigentlich richtig ist.
Die Fachkommission SBBKW wurde durch den Stadtrat eingeladen, um das Pflegeheim zu besichtigen. Zusammen mit Heimleiter Peter Keller konnte die Situation überprüft und auch kritisch hinterfragt werden. Ein wesentlicher Punkt, der ihm wichtig erscheint, ist die Erschliessung des Heims mit einem Lift und die Rollstuhlgängigkeit, dies ist mit Fr. 1 Mio. ein grosser Betrag, aber bei der Burg Hohenklingen hat man Fr. 2,5 Mio. dafür eingesetzt und weniger Leute benutzen diesen Lift. Dies kann also nicht ein Grund dafür sein zu sagen, dies sei nicht richtig.
Wenn man die Grösse des Speisesaals betrachtet, dann stimmt die Grösse wohl für die Anzahl Bewohner, aber nicht für die Bedürfnisse derjenigen, die gerne einmal alleine essen möchten oder wenn ein Bewohner gerne einmal mit seinen Angehörigen essen möchte. Dann ist dies momentan einfach nicht möglich. In der La Residence in Schaffhausen gibt es z.B. die Möglichkeit, dass man mit seiner Familie zusammen essen kann, dies gibt es in Stein am Rhein nicht. Deshalb ist er der Überzeugung, dass auch in diesem Punkt eine massvolle Vorlage vorliegt, welche Stein am Rhein dient.
Die geschützte Wohngruppe ist ein ganz wichtiger Punkt. Wie H. Schilling bereits erwähnt hat, halten sich zunehmend Demenzkranke im Heim auf. Diese Personen brauchen Auslauf, haben viel Energie und wenn sie aus ihrer vertrauten Umgebung hinauskommen, sind sie verwirrt. Er hat diese Situation auch schon erlebt, als sein Schwiegervater fortgelaufen ist. Es ist sehr unangenehm, wenn ein älterer Mensch in dieser Situation einfach wegläuft. Deshalb findet er es wichtig, dass ein Rundlauf erzeugt wird, dass geordnete Bereiche vorhanden sind und professionelle Unterstützung geboten werden kann.
Beim Thema Rampe im Garten geht es klar um Rollstühle und Rollatoren, welche bergauf bewegt werden müssen. Es ist auch richtig, dass der Garten auf der Schattenseite des Gebäudes ist, da ältere Leute viel Sonne und Hitze nur noch schlecht vertragen.
Den Punkt Garderobe hat der Stadtrat vielleicht noch nicht in seiner ganzen Tragweite erfasst, aber Art. 29 – 33 der AGVIII wurde im Altersheim nicht umgesetzt. Es ist ein Muss, dass diese Garderobe umgebaut wird. Es ist nicht zulässig, dass 50 Angestellte nicht über Duschen verfügen, dass Männer und Frauen keine getrennten Räume haben. Dies ist wie erwähnt eine gesetzliche Grundlage, die umgesetzt werden muss.
Die Umsetzung der Besucher-Parkplätze müssen nicht weiter diskutiert werden, dies ist verkehrstechnisch einfach wichtig.
Instandhaltungen und Sanierungen müssen gemacht werden und dies ist der kleinere Teil. Jedem Hausbesitzer ist klar, dass wenn nur 10 Jahre nichts mehr gemacht wird, das Haus eigentlich nicht mehr verkäuflich ist. Dies muss man berücksichtigen und ist eine Tatsache. Der letzte grosse Umbau war 1980 und da kann jeder selber rechnen, wie lange das her ist.
Bei der SP-Fraktion ist das Eintreten unbestritten und sie werden die Vorlage unterstützen.

René Schäffeler, FDP, erklärt, dass natürlich auch die bürgerliche Fraktion an einem gut ausgebauten Altersheim interessiert ist. Sie haben sich intensiv mit der Vorlage auseinandergesetzt, verschiedene Aspekte diskutiert. Es hat, wie der Vorredner bereits erwähnt hat, viele positive Aspekte, z.B. die Erweiterung des Speisesaals, die Garten-

neugestaltung, damit die älteren Leute keine hohen Steigungen überwinden müssen, auch die Vermeidung von Sackgassen ist sinnvoll. Sie schätzen das Engagement von allen, die an dieser vorliegenden Vorlage beteiligt sind, um Verbesserungen im Heim zu erreichen und strukturelle Schwächen auszumerzen. Sie haben auch den Zustand des Gebäudes kritisch betrachtet und dieser ist sicher gut. Aber die Vorlage ist keine Komplett-Sanierung, dies muss man sich bewusst sein. Das Gebäude ist in einem Alter, bei dem weitere Themen auf die Stadt zukommen werden, beispielsweise die Haustechnik.
Sie sind natürlich sehr erfreut über die grosszügige Unterstützung durch die Jakob und Emma Windler-Stiftung, aber wenn man ehrlich ist, ginge diese Vorlage in dieser Form ohne diese Unterstützung nie in den Einwohnerrat bzw. vors Volk. Stein am Rhein hat immer dasselbe Dilemma, dass das Fuder überladen wird. Beim Parkhaus hatte man dieses Thema, beim Chirchhofplatz und eigentlich auch bei der Burg. Es ist natürlich schön, wenn man so viel Geld zur Verfügung hat, aber wie gesagt, überlädt man einmal mehr das Fuder.
Ursprünglich hat man von einer Orientierungsvorlage von Fr. 2 Mio. gesprochen und jetzt spricht man über eine Vorlage von fast Fr. 7 Mio., wobei Fr. 1 Mio. aus einer älteren Vorlage bezüglich Instandhaltung resultiert. Sie erachten es als ihre Pflicht, haushälterisch mit den Mitteln umzugehen, dazu gehören auch die Mittel, die die Stiftung zur Verfügung stellt und deren Verwendung bestmöglich abzuklären ist. Dies ist aus ihrer Sicht leider nicht ausreichend gemacht worden. Diese Vorlage verschlingt viel Geld, aber es ist keine umfassende Sanierung. Sie führt zu zusätzlichen Unterhaltskosten und man hat die Alternativen aus ihrer Sicht zu wenig überprüft. Für sie passt die Kosten-Nutzen-Relation leider nicht, wie sie dargestellt worden ist.
Dieses sind die Gründe, wieso sie sich nach abwägen aller Elemente kritisch zu dieser Vorlage stellen. Sie werden aber keine Ablehnung der Vorlage beantragen, da sie keinen Scherbenhaufen produzieren wollen, sie sind an einer gut ausgebauten Alterspflege interessiert. Sie möchten aber einen konkreten Auftrag an den Stadtrat geben, wie mit diesem Thema weitergefahren werden soll. Deshalb werden sie grundsätzlich auf die Vorlage Eintreten, aber einen Rückweisungsantrag stellen, diesen werden sie im Verlauf des Eintretens konkretisieren.

Claudio Della Giacoma, FDP, ergreift das Wort und erklärt, dass für ihn drei Bereiche im Mittelpunkt stehen. Der erste ist die Zahl der alten Personen in der Zukunft, da geistern ganz interessante Zahlen herum. Wer heute behauptet, dass die Anzahl der alten Personen in Zukunft abnehmen wird, der liest keine Studien oder versteht diese nicht. Es gibt OBSAN- wie andere Statistiken, die ganz klar darauf hinweisen, dass diese Zahl zunehmen wird. Es gibt eine neueste OBSAN-Studie, die besagt, dass sich die Anzahl der über 80jährigen Personen in den kommenden 15 – 20 Jahre fast verdoppeln wird. D.h. auf die Gemeinden, dazu gehört auch Stein am Rhein, kommt eine entsprechende Aufgabe zu: wie will man damit umgehen, welche Versorgung will man und zu welchen entsprechenden Anpassungen führt dies schlussendlich.
Das zweite sind die Krankheitsbilder. Nicht nur die Zahl der Pflegebedürftigen wird zunehmen auch die Erkrankungen, die promobile Charaktere aufweisen. Demenz ist, wie vorher gehört, eine davon. Auch da ist wiederum wichtig, dass man die Gesamtentwicklung beobachtet, reagiert und richtig plant. Diese Entwicklung hat Einfluss auf bauliche, pflegerische und personelle Faktoren. Dies führt zu einer immensen Aufgabe, entsprechend muss auch vorzeitig reagiert und geplant werden.
Der dritte Punkt ist Altersheim versus Pflegeheim. Alle wissen, ein Altersheim weist andere Strukturen und Prozesse auf als ein Pflegeheim. Man spricht hier immer von einem Pflegeheim, aber tatsächlich ist es ein Altersheim. Es ist ihm bewusst, dass gewisse notwendige Anpassungen vorgenommen wurden, aber wenn jetzt immer von ei-

ner optimalen Qualität hinsichtlich Struktur spricht, trifft dies nicht zu. So bleibt im Zimmerbereich die Türbreite z.B. bestehen. So ist die Verlagerung heute ein mühsamer Prozess für alle Beteiligten, die Pflege und die Patienten und wird weiterhin an der Tagesordnung sein. Dies sind nur ein paar Punkte, die beliebig erweitert werden könnten.
Im Mittelpunkt steht nicht die Diskussion um einen Neubau, sondern es geht vielmehr um die Frage, wo steht Stein am Rhein in den nächsten 20 Jahren hinsichtlich Alterspolitik. Aktuell fehlt diesbezüglich einfach eine Strategie. Entsprechend sind ein Marschhalt und eine Auslegeordnung dringend notwendig. Die Entwicklung zeigt, dass ein Altersheim ausgedient hat. Heute hat man Alterswohnungen und/oder Pflegeheim, die das Versorgungsnetz schlussendlich tragen. Die Frage ist, hat man ein Pflegeheim oder verzichtet man ganz darauf. Zahlreiche Gemeinden haben aus finanziellen Gründen die aufsuchende Pflege intensiviert. Aber was sind das für Folgen für Stein am Rhein? Wenn man von einem Pflegeheim spricht, dass die zukünftige Entwicklung abdeckt, gibt es dazu Alternativen, was ist überhaupt möglich?
Mit einem Marschhalt und Beantwortung dieser Fragen, inkl. Erarbeitung einer Altersstrategie/Alterspolitik Stein am Rhein bis 2034, verliert man nichts. Im Gegenteil! Man schafft Vertrauen in der Bevölkerung, denn da ist ein Unmut vorhanden und man zeigt auch Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen, denn diese müssen in 20 Jahren ausbaden, was jetzt vernachlässigt wird.

Heidi Schilling möchte der Aussage widersprechen, die jetzt im Raum steht, dass diese Vorlage nur auf dem Tisch liegt, weil die Windler-Stiftung zahlt. Dies ist bei weitem nicht so. Stein am Rhein ist nicht die einzige Gemeinde, die vor dieser Herausforderung steht, ein Pflegeheim zu erweitern oder zu sanieren. Im Kanton Schaffhausen gibt es diverse, die diese Aufgabe jetzt anpacken müssen und nicht wissen, wie sie das finanzieren sollen. Wenn Stein am Rhein die Windler-Stiftung nicht hätte, die die Situation erkannt hat, müsste ein anderer Weg gefunden werden, evtl. mit Tax- oder Steuererhöhungen. Sie sind überzeugt, dass die Vorlage ein guter Weg ist und es hat nichts damit zu tun, dass sie Geld zur Verfügung haben.
Die Aussage, dass die Anzahl der Seniorinnen und Senioren zunimmt, ist ganz klar und ein Anteil, der mit einfliesst. Heute gibt es 47, in Zukunft 48 Plätze im Altersheim und diese werden ausreichend sein. Zudem hat der Kanton Schaffhausen 200 Betten zu viel und aus diesem Grund subventioniert der Kanton auch nicht, wenn man ein Heim erweitern will. Es geht ja nicht um eine Erweiterung, denn im gleichen Atemzug, dass die Anzahl der Senioren zunimmt, gehen diese auch später ins Heim. Diese treten mit einem Altersdurchschnitt von 88 Jahren erst ein. 2013 gab es im Altersheim 21 Todesfälle, d.h., 21 Zimmer wurden immer wieder frei, so viele Personen können auch wieder neu eintreten, der Platz ist faktisch vorhanden. Diesbezüglich muss Stein am Rhein kein grösseres Heim haben. Die Entwicklungen, davon ist sie überzeugt, sind eingeflossen, dies wurde gut diskutiert und diesbezüglich ist mit dem Heimleiter eine gut ausgebildete Person vorhanden, die weiss, welche Entwicklungen auf Stein am Rhein zukommen. Der Wandel von Alters- zu Pflegeheim kann mit den zusätzlich geplanten Sanierungen vervollständigt werden.
Was verliert man, wenn man bis 2030 zuwartet? Selbstverständlich muss an einem Alterskonzept gearbeitet werden, das sieht sie genauso. Man braucht ein Altersleitbild, die Diskussion diesbezüglich ist ja angelaufen. Verlieren würden die Seniorinnen und Senioren, die künftig ins Heim kommen, die dann z.B. keinen Garten haben, den sie problemlos benutzen können und das dünkt sie relativ happig.

René Schäffeler weist darauf hin, dass sie nie von 2030 gesprochen haben. Sie sprechen von einem Marschhalt, um dieses Thema zu überdenken. Sie möchten die Vor-

lage zurückweisen, um nochmals Zeit zu gewinnen und werden diesbezüglich auch in der Detailberatung einen Zeitrahmen setzen. Darum geht es ihnen und nicht darum, das Ganze auf die lange Bank zu schieben und in 10 Jahren nochmals darüber zu sprechen.

Jean-Marc Rossi, ÖBS, findet den Zeitpunkt der Vorlage sehr unglücklich. Gerade jetzt, wo private Initianten alternative Projekte aufbauen und intensiv über Altersprojekte diskutiert wird, sitzt der einflussreichste Player nicht am Verhandlungstisch. Lohnt es sich überhaupt, ein Leitbild zu machen, wenn letztlich die Windler-Stiftung darüber entscheidet, was gebaut wird oder nicht. Wird dieses Leitbild dann überhaupt einen Einfluss haben auf die Überlegungen der Windler-Stiftung, ob sie die Ideen verwirklicht oder nicht. Heute wird wieder nur über ein Teilstück abgestimmt, ohne dass man das Gesamtbild kennt, ohne dass man die Pläne der Windler-Stiftung kennt, ohne zu wissen, ob sie auch Alterswohnungen finanzieren oder Quartierpläne unterstützen würden. Ist es für eine Stiftung so abwegig, die Bevölkerung zu orientieren über mögliche Pläne oder die Bevölkerung auch miteinzubeziehen. Nein sagen, kann man dann immer, auch die Bevölkerung kann Nein sagen, dies ist das einzige Kommunikationsmittel, das im Umgang mit der Windler-Stiftung vorhanden ist.
Die Zukunftsgestaltung würde aber anders aussehen. Er wünschte sich von der Stadtpräsidentin, welche eines der drei Mitglieder des Stiftungsrates ist, Transparenz und mehr Informationen. Sie und der Stiftungsrat haben es in der Hand, eine positive Rolle in der Diskussion zu spielen. Wenn der Stadtrat jetzt ein starkes und klares Zeichen setzt, sich eindeutig positioniert zu diesen privaten Projekten und eine bestimmenden Rolle einnimmt, könnte man ein Referendum vermeiden oder sogar die Abstimmung beeinflussen. Vermutlich würden es die Alterswohnungen oder die Quartierpläne schwieriger haben, wenn die Windler-Stiftung jetzt Fr. 6 Mio. ausgibt. Aber natürlich müssen sie nicht zwangsläufig dort investieren, wenn die Vorlage heute abgelehnt wird. Nicht alle wollen in eine Alterswohnung ziehen und auch nicht alle können sich eine solche leisten. Die Stadt selber wird sich ein eigenes Altersheim nie leisten können und auch nicht finanzieren in diesem Umfang.
Deshalb möchte er der Vorlage auch nicht im Weg stehen und hofft, dass mit der Zustimmung nicht zukunftsweisendere Projekte verbaut werden. Sein Vater lebt in einem Altersheim, dass ihm oft mehr wie ein Gefängnis vorkommt und er freut sich darüber, dass die Bewohner von Stein am Rhein ein Altersheim mit schönem Garten und anderen Dingen erhalten, die als normal angeschaut werden.

Claudia Eimer, Stadtpräsident, findet, dass dies nicht der Platz ist, um über die Stiftung zu sprechen. Sie hat die Anregungen aber entgegen genommen. Sie ist bestrebt, sich in dieser privatrechtlichen Stiftung dafür einzusetzen, dass die Transparenz grösser wird. Es wurde diesbezüglich auch schon einiges erreicht, aber sie sind zu dritt im Stiftungsrat. Die Stiftung betont immer, sie mache keine Politik, aber dies ist natürlich schwierig. Denn sobald man irgendwo einen Franken gibt, hat man eigentlich in die Politik eingegriffen. Darum ist es ein Zusammenspiel von allem. René Schäffeler hat gesagt, „Seien wir ehrlich“ und wenn man ehrlich ist, so hätte Stein am Rhein weder die Pflästerung, noch Bürgerasyl, noch Hohenklingen noch sonst irgendwas. Von dieser Seite her ist man dankbar, dass man die Stiftung hat und dass sinnvolle Projekte für die Bevölkerung unterstützt und realisiert werden können.

Beat Hug, Finanzreferent, möchte noch einige Worte zum finanziellen Aspekt äussern. Es handelt sich um Kosten von Fr. 1,7 Mio, die die Stadt stemmen kann, natürlich zusammen mit dem Betrieb des Altersheims. Es wird kostenneutral ausgeführt werden können. Sie sind gemäss Alterspflegegesetzt verpflichtet, gewisse Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen. Wenn die finanziellen Mittel nicht vorhanden wären, müssten die-

se über eine Objektsteuer oder Erhöhung des Steuerfusses beschafft werden. Dies muss man sich einfach bewusst sein. Eine andere Variante wäre die Veräusserung des Finanzvermögens, so lange solches vorhanden ist. Aber auch hier gilt, was veräussert ist, steht für die kommenden Generationen nicht mehr zur Verfügung. Deshalb sollte man haushälterisch mit allem umgehen. Der Stadtrat hat diese Vorlage auch so präsentiert, weil sie für die Stadt kostenneutral ist, dank der Jakob und Emma Windler-Stiftung. Es werden wesentliche Verbesserungen für das Gebäude und auch für die Bewohner wird ein grosser Mehrwert erreicht. Die Investitionen sind, wie in der Vorlage ersichtlich, für die nächsten 15 – 20 Jahre. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass sich einiges ändern wird, die Bedürfnisse werden dann sicher anders sein. Ein solches Gebäude wird immer für 2 – 3 Generation gebaut und man hinkt immer etwas hintendrein und muss immer wieder Anpassungen vornehmen. Die Diskussionen bezüglich Alterspolitik werden sicher stattfinden. Für die Stadt selber ist die Vorlage ein verträgliches Projekt, hinter das sie sich stellen können. Es wird ein Mehrwert geschaffen, auch für die Bewohner und es gibt eine Verschnaufpause von 10 – 15 Jahren, um sich der verändernde Alterspolitik anzupassen.

Rolf Oster möchte sich noch zum Thema Umbau äussern. Wenn man aufgrund der Zahlen von Heidi Schilling nachrechnet, wie viele Personen in einem solchen Zimmer wohnen, sind das in 10-15 Jahren 7-8 Personen. Wer möchte schon gerne der sechste in der Reihenfolge sein und nie eine Renovation des Raums bekommen haben. Deshalb ist es eigentlich logisch, dass man Renovationen solcher Häuser und der intensiv genutzten Räume vornehmen muss.
Betreffend Instandhaltung möchte er darauf hinweisen, dass in Ramsen die Küche abgesprochen wurde. Was heisst das für ein Altersheim? Nicht mehr essen oder jemanden organisieren, der das Essen anliefert. Er kann sich vorstellen, dass auch eine Küche ein Ort ist, der sehr intensiv genutzt wird und auch Geld braucht. Und es ist eine Tatsache, dass in 15 Jahren eine solche Industrieküche ersetzt werden muss. Es gibt Privatwohnungen, bei welchen die Küche auch so schnell wechselt.
Hier handelt es sich um eine Vorlage für die Bewohner, welche hilft, ein angenehmeres Leben führen zu können. Die Sanierung wird so oder so kommen. Vor 30 Jahren, in seiner Lehrzeit, hat er geholfen, das Altersheim Wiesli zu bauen. Er hat gehört, dass bereits zwei, drei Stockwerke umgebaut wurden. Es ist völlig normal, dass dies gemacht wird. Die Vorlage dient der Sache, es ist nicht zu viel Geld. Wenn man abwartet, zögert man für drei, vier Jahre hinaus und es braucht dann wiederum mehr Investitionen und auch mehr Geld. Die Frage ist grundsätzlich, wie man das Geld investieren will und bei dieser Vorlage hat man ganz klare Vorteile und diese gilt es jetzt zu packen und nicht abzuwarten.

Claudia Eimer möchte das Wort doch nochmals auf den Stiftungsrat lenken und darauf hinweisen, dass sich der Stiftungsrat wirklich sehr intensiv mit den Projekten der Stadt auseinander setzt. Der gesamte Stiftungsrat war im Altersheim. Peter Keller hat das Altersheim vorgestellt, das Projekt wurde angeschaut, es wurde mit dem Architekten gesprochen und die Stiftungsräte sind daran interessiert, was in der Stadt gemacht wird. Sie sind auch sehr kritisch, haben Fragen gestellt, haben sich mit dem Projekt auseinander gesetzt und sich davon überzeugen lassen, dem Beschluss des Stadtrates, das Alters- und Pflegeheim mit diesen sechs Schritten zu verbessern, zu folgen und den Betrag zu sprechen. Es ist nicht so, dass diese Entscheide jeweils irgendwo an einem Schreibtisch gefällt werden, sondern die Projekte werden genau angeschaut und der ganze Stiftungsrat setzt sich damit auseinander.

Gian Luca Marchetto, SVP, möchte sich auch noch zu dieser Vorlage äussern. Er möchte eine ganz wichtige Komponente in die Diskussion einbringen, nämlich die un-

ternehmerische Verantwortung, die alle im Einwohnerrat haben. Er weiss nicht, ob sich seine Kolleginnen und Kollegen dessen bewusst sind, dass sie alle eine unternehmerische Verantwortung tragen.
Er ist das zweite Jahr als Einwohnerrat tätig, was seine Kolleginnen und Kollegen vor seiner Zeit besprochen, diskutiert, genehmigt oder allenfalls verabschiedet haben, konnte er mangels Zeitdruck nicht nachlesen. Tatsache ist, dass heute Abend, am 28. Februar 2014, eine fixfertige Vorlage präsentiert wird für nicht ganz Fr. 6,9 Mio.. Eine Vorlage, die (und das ist sehr schön) mit 75% durch die Jakob und Emma Windler-Stiftung finanziert wird. Aber was ihm fehlt, ist eine ganz klare Strategie. Es muss einmal ein Grundsatzentscheid gefällt werden, wo will die Stadt mit ihrer Alterspolitik hin. Er ist in einer Unternehmung tätig, die von ihm erwartet, dass er unternehmerisch handelt und denkt, d.h., er soll sich so verhalten, als handelte es sich um seine eigene Firma: Verantwortung übernehmen, kritisch hinterfragen, Ideen kreieren, Visionen haben. Er nimmt seine Aufgabe im Einwohnerrat sehr ernst und will nicht nur ja oder nein sagen, sondern auch kritisch hinterfragen.
Er macht ein Beispiel: Man fängt am 6. Januar als Geschäftsführer einer Unternehmung an, einen Monat später liegt ein Investitionsantrag über Fr. 6,8 Mio. auf dem Tisch und innerhalb von drei Wochen sollte man sich entscheiden. Das Einzige, das man findet ist, dass ganz am Anfang die Investition Fr. 2 Mio. war und 1 Mio. bereits verbaut wurde. Und jetzt soll über Fr. 6,9 Mio. entschieden werden? Ihm fehlt eine ganz klare Strategie. René Schäffeler wird dies in der Detailberatung noch genau aufzeigen.
Er appelliert an die Vernunft der Einwohnerräte als Unternehmer gegenüber Stein am Rhein, dies nochmals zu überdenken. Dies sind sie auch gegenüber den Mitbürgerinnen und Mitbürger schuldig.

Abstimmung Eintreten
Der Einwohnerrat ist einstimmig für Eintreten.

Detailberatung
Seite 5
Heidi Schilling möchte ergänzen, dass das Datum 28. März 2014 aus einer alten Fassung stammt. Die Informationsveranstaltung kann erst stattfinden, wenn die Botschaft bei den Bewohnern ist, deshalb wurde die öffentliche Veranstaltung auf den 9. Mai 2014 verschoben und am 10. Mai findet ein Tag der Offenen Tür für die Bevölkerung statt. Dies ist bei der Vorlage bitte noch zu korrigieren.

Seite 6
René Schäffeler stellt wie eingangs erwähnt seinen Rückweisungsantrag. Sie wollen keine Ablehnung dieser Vorlage, sie wollen das Vorhaben auch nicht auf die lange Bank schieben, sondern es geht um einen relativ kurzen Marschhalt, mit dem sie den Stadtrat auffordern, drei Themen näher zu betrachten.

Rückweisungsantrag
Wir beantragen die Rückweisung der Vorlage zur baulichen Erweiterung, Verbesserung und Instandhaltung des Alters- und Pflegeheims Clara Dietiker, verbunden mit folgendem Auftrag an den Stadtrat:

1. Ausarbeitung eines langfristig angelegten, kostenoptimierten Ausbau- und Sanirungskonzeptes am aktuellen Standort (unter anderem kostengünstigere Lösung für Garderoben und Anlieferung, Verzicht auf Tiefgarage, Verzicht auf Lift oder kostengünstigere Alternative, gegebenenfalls Sanierung Haustechnik und Anpassung Raumkonzept).

2. Gegenüberstellung einer Neubaualternative einschliesslich Klärung einer möglichen finanziellen Unterstützung eines solchen Projektes durch die Jakob und Emma Windler-Stiftung.
3. Darlegung der zukünftigen Alterspolitik und -strategie (in Bezug auf Alters- und Pflegeheim, Spitex, betreutes Wohnen und Alterswohnungen)

Dies unter Abschätzung des mittel- bis langfristigen Raumbedarfs vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und Veränderungen in den Bedürfnissen der Heimbewohner.
Gerne erwarten wir einen entsprechenden Bericht des Stadtrates bis spätestens zur Einwohnerratssitzung vom 12. Dezember 2014.

Arthur Cantieni weist darauf hin, dass der Rückweisungsantrag gemäss Art. 26 der Geschäftsordnung behandelt wird, der wie folgt lautet: *Wird während der Beratung eines Geschäftes ein Ordnungsantrag gestellt (z.B. auf Unterbruch oder Verschiebung der Beratung, Rückweisung), so wird die Diskussion über das in Frage stehende Geschäft bis zur Erledigung des Ordnungsantrages unterbrochen*.

Zuerst wird jetzt also über den Rückweisungsantrag diskutiert und abgestimmt.

Ruedi Vetterli, parteilos, glaubt nicht an eine nur kurzfristige Verzögerung, er glaubt nicht, dass bei den vorliegenden Punkten dies seriös in dieser Zeit abgeklärt werden kann. Daneben denkt er nicht, dass die über zwei Jahre dauernde Planung dieses Umbaus und der Erweiterung des Pflegeheims Stein am Rhein passiert ist, ohne dass solche Fragen auch behandelt wurden und auch an Fragen betreffend Zukunft gedacht wurde, vielleicht nicht alle und vielleicht nicht in jeder Tiefe.

Die unternehmerische Verantwortung ist tatsächlich vorhanden, aber nicht alleine, auch eine soziale Verantwortung ist da. Je länger man die Geschichte hinausschiebt, desto länger geht es, bis Personen, die jetzt und in künftigen Jahren im Pflegeheim wohnen, davon profitieren. Pro Jahr gibt es 20 Todesfälle und wenn es noch 10 Jahre geht, und alle wissen, welche Stolpersteine bis zu einem definitiven Ja noch kommen können, wären das 200 Menschen aus Stein am Rhein, die nicht die optimierten Bedingungen haben, die mit einer Annahme der Vorlage vorhanden wären.

Alle neigen auch immer dazu bei solchen Themen das Ganze zu „verkopfen“. Wenn er merkt, dass er so weit ist, dann stellt er sich einfach die Pflegebedürftigen vor und was die jetzt benötigen würden und was sie nicht bekommen, weil politisch um alle möglichen Dinge gestritten wird. Er kann sich auch vorstellen, es wären seine Eltern, dann würde es ihm noch mehr pressieren. Natürlich hat man eine wirtschaftliche Verantwortung und muss auf das Geld schauen und das wird auch gemacht, aber man hat auch die andere. In diesem Sinne kann er dem Rückweisungsantrag nicht zustimmen.

Claudio Della Giacoma entgegnet, dass die Zeit kein Faktor ist, sondern der Wille da sein muss. Aus eigener Erfahrung kann er sagen, dass die Zeit bestens reicht. Dass die Bewohner in der Zwischenzeit auf Verbesserungen verzichten müssen, kann kein Argument sein. Die Verantwortung muss wahrgenommen werden. Es geht einzig und alleine darum, dass eine Auslegeordnung gemacht wird, dass alle Fakten auf den Tisch gelegt werden und man danach die bestmögliche Lösung hat. Gerade bei solchen Entwicklungen und solchen Beträgen muss man die Verantwortung wahrnehmen.

Heidi Schilling antwortet, dass es selbstverständlich ist, dass ein Alterskonzept/-leitbild erarbeitet wird, es muss in die Zukunft geschaut werden. Sie möchte aber auch an die soziale Verantwortung appellieren, die gegenüber jenen Personen da ist, denen demnächst ein Heimeintritt bevorsteht oder den jetzigen Heimbewohnern.

Wenn ein Neubauprojekt aufgegleist werden soll, braucht es einen Planungskredit, da reichen Fr. 120‘000 nicht. Es werden andere Projekt blockiert und Ressourcen in der Verwaltung gebunden, die auch nicht endlos vorhanden sind. Was man meint, dies sei locker in zwei Jahren zu machen, sieht halt in der Realität anders aus. Es blockiert auch die gute Absicht von Betreutem Wohnen, von Alterswohnungen. Natürlich braucht man das und es sind gute Ideen vorhanden, ein Parkhaus in der Fridau mit Alterswohnungen, das ist alles sehr gut.

Sie teilt die Meinung, dass man in die Zukunft schauen muss. Aber die Sanierung und Erweiterung des Pflegeheims findet sie im Moment ein Muss im Rahmen der laufenden Investitionen. Sollte dies jetzt nicht gemacht werden, kommen dennoch Kosten auf die Stadt zu. Fr. 1 Mio. durch die energetischen Sanierungen, die jährlich im Betrag von Fr. 200‘000 – 300‘000 durch das Budget kommen plus die Garderobe, die überhaupt nicht mehr genügt. Sie fragt sich, ob man sich dann nicht einfach im Kreise dreht.

Sie möchte appellieren, dem Rückweisungsantrag nicht zuzustimmen.

Jean-Marc Rossi möchte sich den Aussagen von Heidi Schilling anschliessen und wird dem Rückweisungsantrag nicht zustimmen.

Claudio Della Giacoma weiss, dass in der Bevölkerung ein gewisser Unmut gegenüber dieser Vorlage herrscht. Wenn die Vorlage abgelehnt wird, dann hat man einen Scherbenhaufen. Dann wäre es besser, man ging jetzt nochmals über die Bücher, dann kann man allenfalls gegenüber der Bevölkerung begründen, wieso man so entschieden hat, wieso es diese Vorlage ist, die den künftigen Anforderungen entspricht, dann hat man ein Argumentarium.

Heidi Schilling denkt, dass alle als Lokalpolitiker es in der Hand haben, wie man mit der Bevölkerung bezüglich dieser Volksabstimmung umgeht. Man kann vieles bereits im Voraus verreissen, es gibt für alles Argumente pro und contra. Es gibt für jedes Gebäude Argumente wieso es am rechten und wieso am falschen Ort steht. Es gibt so viele Bedürfnisse und jeder möchte gerne seine Vorstellungen miteinbringen. Sie möchte hier an die Vernunft appellieren, nicht alles schlecht zu machen, sondern die Chance zu nutzen, ein gutes Projekt, das einen Mehrwert gibt, zu realisieren.

Wenn man zurückschaut, wurde schon vieles aus ganz verschiedenen Gründen gebodigt, teilweise berechtigt, teilweise aber auch unberechtigt. Sie findet den Turnus vom ständigen Nein-Sagen eigentlich bedenklich. Viele Gemeinden, die daran sind, ihre Heime zu planen, würden sich die Finger abschlecken über die komfortable Situation, die Stein am Rhein hat. Eine Situation mit einer vernünftigen Erweiterung, einer vernünftigen Sanierung und einer guten Finanzierung.

Was will man eigentlich noch mehr? Dann muss man halt alles daran setzen, dies der Bevölkerung auch klar zu machen. Die Stimmbürger können am 10. Mai das Heim besichtigen, Rundgänge werden angeboten, der Heimleiter wird anwesend sein, die Architekten, der Projektausschuss. Die Bürger können sich informieren, ob es etwas Sinnvolles ist oder nicht. Und nochmals, ein Alterskonzept für die Zukunft braucht es und dagegen haben sie überhaupt nichts.

René Schäffeler wendet ein, dass man eigentlich immer zuerst eine Strategie erarbeitet und erst dann das Geld ausgibt. Bei anderen Themen wird gesagt, wir müssen zuerst ein Leitbild machen und hier will man zuerst ein Bauvorhaben machen und danach die Strategie festlegen, das ist einfach nicht richtig. Gerade die Themen, die angesprochen wurden wie Alterswohnungen usw. müssen in ein Gesamtkonzept eingebunden werden. Vielleicht ergeben sich daraus Synergien, vielleicht kommt man auch zum

Schluss, es gibt sie nicht. Aber dann wissen alle Beteiligten, dass die Abklärungen gemacht wurden, die Zeit ist schon noch vorhanden, um dies zu überprüfen. Bezüglich sozialer Verantwortung: das Heim ist nicht in einem schlechten Zustand, es wurde immer in das Heim investiert. Es ist nicht so, dass man vor dem Abgrund steht und sofort investieren muss. Man muss die Investitionen machen, aber man kann sich durchaus die Zeit nehmen, dies auch gründlich abzuklären.

Gian Luca Marchetto gibt seinem Vorredner absolut Recht. Das Thema Alters- oder Pflegeheim und altersgerechtes Wohnen ist in Stein am Rhein ein brisantes Thema. Einerseits gibt es eine Spurgruppe, es steht eine Volksinitiative im Haus und viele emotionale Leserbriefe sind hin und her gegangen. Er kann nicht verstehen, wieso der Stadtrat nicht hin steht und endlich einmal zu diesem Thema eine Strategie bekannt gibt. Er hat ein sehr grosses soziales Herz, aber als Unternehmer überdenkt er seine Strategie jedes Jahr, stimmt der eingeschlagene Weg. Diese Strategie fehlt ihm im Moment bei der Alterspolitik.

Cornelia Dean, SP, glaubt, dass die Vorlage sehr gut überdacht und vorbereitet worden ist. Verzicht auf die Tiefgarage und Sparen bei den Garderoben sind sicher Punkte, die sehr gut überprüft worden sind. Man ist jetzt zu dieser Vorlage gekommen und möchte endlich einmal Nägel mit Köpfen machen. Dass die Gegenüberstellung einer Neubauinitiative ein grösserer Task ist und nicht in einigen Monaten erledigt werden kann, ist sicher auch Realität und es müssten wieder Gelder freigesetzt werden für Projektplanung. Auch zusammen mit dem Leitbild wird eine künftige Alterspolitik/-strategie entwickelt, es wurden viele Vorschläge gemacht, sehr viele Ideen sind da und das eine schliesst das andere ja nicht aus. Sie wünscht sich sehr, dass das Altersheim getrennt wird von anderen Projekten, die hier im Raum stehen und eigentlich sollte beides möglich sein.
Sie beantragt, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Heidi Schilling erklärt, dass es gar nicht darum geht, ob das Heim in einem schlechten Zustand sei, das ist es nämlich nicht. Aber wenn man die Grünfläche betrachtet, hat diese überhaupt nichts mit einem Garten zu tun und die Bewohner können so nicht hinaus und die Fläche nutzen. Sie findet es nichts als richtig, wenn die Bewohner in Zukunft die Möglichkeit haben, an einem Schattenplatz auf der Rückseite des Heims in einem schönen Garten zu sitzen, anstelle wie heute auf dem geteerte Platz in der Sonne. Dabei geht es nicht darum, dass das Heim in einem schlechten Zustand ist, da geht es darum, dass man den Senioren die Möglichkeit der Bewegung bietet, dies ist eine Bereicherung ihres Alltags. Wenn man sieht, wie viele Rollstühle den steilen Hang hinauf gekurvt werden, braucht es einen Lift. Darüber spricht man schon lange und nicht weil, der Zustand schlecht ist, sondern weil es schlicht ein Mangel ist. Sie ist überzeugt, dieser Lift wird benutzt. Dies alles schliesst die Planung von alternativen Wohnformen doch nicht aus, dies ist eine Ergänzung, diese braucht es auch. Aber beim Pflegeheim muss jetzt gehandelt werden für eine verbesserte Lebensqualität für alle jetzigen und künftigen Bewohner.

Claudio Della Giacoma geht davon aus, dass wenn das so eine geniale Vorlage ist, man auch andere Möglichkeiten in Betracht gezogen hat. Wurde der Stiftungsrat jemals durch die Stadt angefragt, ob er einen Neubau finanzieren würde?

Heidi Schilling antwortet, dass der Stadtrat als Gesamtgremium diesbezüglich nicht angefragt hat. Sie weiss einfach, dass die Äusserung eines Stiftungsrates war, dass es nicht Aufgabe der Stiftung ist, ein neues Heim zu finanzieren. Aber wie verbindlich dies ist, dazu kann vielleicht die Stadtpräsidentin mehr sagen.

Claudia Eimer erklärt, dass im Stiftungsrat normalerweise nicht hypothetisch darüber gesprochen wird, was alles unterstützt werden könnte. Es gibt einen Stiftungszweck und aufgrund dessen wird entschieden.

Abstimmung Rückweisungsantrag
Der Rückweisungsantrag wird bei 7 Ja-Stimmen zu 7 Nein-Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten abgewiesen.

Arthur Cantieni begründet seinen Entscheid damit, dass die Standortfrage für ihn keine Frage mehr ist. Diese wurde seinerzeit mit den Alterswohnungen aufgeworfen, dies ist jetzt abgetrennt. Es gibt verschiedene Projekte, aber alle sind noch in der Schwebe. Er hat Vertrauen in die Personen, die diese Vorlage ausgearbeitet haben, dies sind ja alles auch Fachleute. Immer wieder alles zu hinterfragen und nochmals zu hinterfragen, damit kommt man nirgends hin, man muss dazwischen auch Entscheide fällen können. Und wenn dann in der Burg für 2 ½ Mio. ein Lift gebaut wurde und im Altersheim soll das wieder hinterfragt werden, dann ist das für ihn nicht mehr verständlich.

Fortsetzung Detailberatung Vorlage
Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlüsse

1. **Der Einwohnerrat nimmt mit 12 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates zu den geplanten Erweiterungen und Verbesserungen sowie zu den Instandhaltungsarbeiten im Pflegeheim.**
2. **Der Einwohnerrat stimmt der Ausführung der geplanten Projekte im Alters- und Pflegeheim bei 7 Ja- zu 7 Nein-Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten zu.**
3. **Der Einwohnerrat genehmigt den Baukredit von Fr. 6‘850‘000 für die Realisierung der geplanten Erweiterungen und Verbesserungen sowie zu den Instandhaltungsarbeiten im Alters- und Pflegeheim mit 7 Ja- zu 6 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung zu.**
4. **Er stimmt der Mitfinanzierung von 75% der Baukosten bzw. von Fr. 5‘137‘000 durch die Jakob und Emma Windler-Stiftung mit 7 Ja- zu 3 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen zu.**

Punkt 3. dieses Beschlusses unterliegt dem obligatorischen Referendum gemäss Art. 9, lit. e der Gemeindeverfassung.

Mitteilung an
Sozialreferat
Finanzreferat
Bau/Werkreferat
Altersheimkommission, Mitglieder
Leiter Alter & Gesundheit
Stadtkanzlei
Ablage

Heidi Schilling bedankt sich in Namen des Stadtrates für das Vertrauen. Sie freuen sich sehr, dass die Vorlage im Einwohnerrat durchgekommen ist. Sie möchte sich bei allen, die an der Vorlage mitgearbeitet haben und auch bei der Stiftung bedanken und

hofft, dass sich viele zu Gunsten der Vorlage in der Volksabstimmung vom 18. Mai einsetzen werden. Diese Vorlage bringt ganz sicher einen grossen Mehrwert.

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

6. Allgemeine Umfrage

Jörg Derrer, SP, macht darauf aufmerksam, dass im Moment im Himmelreich die Quelle angeschaut werden kann. Er fordert die Anwesenden auf, davon Gebrauch zu machen.

*****

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin, informiert über die Mitteilungen aus dem Stadtrat.

Klausurtagung
Anlässlich seiner Klausurtagung hat sich der Stadtrat schwerpunktemässig mit den stadteigenen Liegenschaften und Grundstücken befasst. Die Diskussionen und Beurteilung zeigten, dass sich das neue Raumplanungsgesetz auf die Baulandpolitik und die sich ändernde Agrarpolitik auf die landwirtschaftlichen Güter und Flächen auswirken wird. Die Bedingungen und Vorgeben sind nicht alle bekannt, so dass sich die Parameter wiederum ändern können und Entscheide entsprechend angepasst werden müssen.
Der Stadtrat legte fest, dass eine aktivere Bewirtschaftung des Finanzvermögens erfolgt; zu diesem Zweck hat er verschiedene Aufträge zur Weiterbearbeitung erteilt. Bezüglich der landwirtschaftlichen Güter und Flächen sind bereits Abklärungen und Prüfungen durchgeführt worden, diese Arbeiten werden nun intensiv weitergeführt.

Bereits im Frühjahr wird sich der Rat an einer weiteren Tagung mit den Fragen rund um die Immobilien und Liegenschaften befassen und im Rahmen der Präsentation der Ziele und Projekt darüber berichten.

Schulraumplanung
Die in Aussicht genommene Schulraumplanung beinhaltet eine quantitative und qualitative Analyse der Schulanlagen. Das Richtraumprogramm der quantitativen Analyse stützt sich auf kantonale Vorgaben und den Lehrplan und wird mit den Beteiligten diskutiert. Abweichungen des Ist-Zustandes zum Richtraumprogramm werden festgestellt und dokumentiert. Die Erhebungen erfolgen über alle Stufen und Schulhäuser inklusive der Kindergartenstandorte und berücksichtigen die demografische und bauliche Entwicklung sowie die mögliche Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden aufgrund der Entwicklungen und Anforderungen durch den Kanton. Die Strukturreformen ergeben Auswirkungen auf die Gemeinden, es gibt ESH3 und neu auch wieder das Thema Fremdsprachen.
Für die Durchführung der Schulraumplanung liegen Offerten für die externe Unterstützung vor; diese werden derzeit evaluiert und in der Folge der Auftrag vergeben. Im Sommer liegen Ergebnisse vor, die Grundlage für weitere Planung bilden.

Leitbild
Auf der Web-Seite der Stadt werden neue Informationen immer wieder aufgeschaltet. Gerade jetzt aktuell ist, dass 100 zufällig ausgewählte Personen mit einem Brief angefragt wurden, ob sie sich für ein Interview zur Verfügung stellen würden. Die 50 Interviews werden durch Personen durchgeführt, die sich freiwillig gemeldet haben und als

Interviewer ausgebildet worden sind. Es werden Fragen über 11 Themen-Bereiche wie Mobilität, Umwelt, Politik, Kirche Raumplanung, Schule, Gesundheit, Tourismus gestellt. Die Fragebogen werden anschliessend anonymisiert durch die translake GmbH, Konstanz, ausgewertet. Danach gibt es einen öffentlichen Workshop, dieser wird voraussichtlich im Mai 2014 stattfinden.

Ernst Böhni, Sicherheitsreferent, kann informieren, dass Zone-30 in der ganzen Stadt eingeführt ist und er empfiehlt, dies auch einzuhalten. Sein Dank geht an die Stadtpolizei, welche zusammen mit dem Stadtschreiber den Lead gehabt hat. Die Kosten von Fr. 55‘600.- belaufen sich im Rahmen des Kreditrahmes und alles konnte innert kürzester Zeit gemacht werden.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent, teilt mit, dass die Sanierungsarbeiten am Chirchhofplatz gut auf Kurs sind, kosten- wie auch terminmässig. Wenn es die Witterung zulässt, wird man bis Ende März mit der Sanierung fertig sein. Die letzte Pflästerung erfolgt jetzt und es wird eine neue Beleuchtung mit LED montiert. Es werden auch provisorische Markierungen angebracht, denn aus technischen Gründen kann der Deckbelag immer erst ein Jahr später aufgebracht. Im Bereich des Kirchenvorplatzes mussten diverse Werkleitungen gemacht werden und der Platz wurde gesamthaft mit einem witterungsbeständigen Stein neu gepflästert.

Demnächst kann die Eröffnung der Sporthalle Hopfengarten gefeiert werden. Die Sporthalle wird nach den Frühlingsferien, am 28. April, den Benutzern übergeben werden. Es freut den Stadtrat, mitteilen zu können, dass sie mit Hans Graf einen neuen Hauswart gefunden haben, der die anforderungsvolle Aufgabe, die grosse Halle zu betreiben, zu unterhalten und vielfach zu putzen, annimmt. Sie wünschen ihm von Seiten der Stadt einen guten Start in sein neues Arbeitsgebiet.

Strassenbeleuchtung, Medienbericht des WWF
Wie gestern Abend vielleicht aus den Medien entnommen werden konnte, befindet sich Stein am Rhein mittlerweile in der Steinzeit. Der WWF hat eine Untersuchung der Strassenbeleuchtung vorgenommen und ein Rating gemacht und Stein am Rhein in die Steinzeit verbannt. Er hat sich dann erkundigt, was der Beweggrund war und die Projektleiterin dieser Untersuchung hat sich bei ihm entschuldigt. In Stein am Rhein fand weder eine Untersuchung bezüglich der Strassenbeleuchtung statt noch hatte man im Sinn, mit der Stadt in Kontakt zu treten. Leider, zum Schaden auch für den WWF, so reisserisch mit einem Thema umzugehen, dass eigentlich brisanter ist.

In diesem Zusammenhang möchte er darauf hinweisen, dass Stein am Rhein eigentlich eine Vorreiterrolle einnimmt im Zusammenhang mit der Strassenbeleuchtung. Im Juni 2010 hat man auf Antrag des Stadtrates die Beleuchtungszeiten der Strassenbeleuchtung angepasst, was eine Einsparung von 10-15% gebracht hat. Im Budget 2011 hatte man einen Betrag von Fr. 120'000 für die Erneuerung der Strassenleuchten und dies wurde im Sommer 2011 auch umgesetzt. Man hat die stromfressenden Quecksilberdampfleuchten ersetzt durch Natriumdampfleuchten und konnte so ca. 58800 kWh Strom einsparen. In allen neuen Strassenprojekten, die seit 2012 realisiert wurden und bei denen die Beleuchtung ersetzt oder neu installiert werden musste, wurde die noch effizientere LED-Technik verwendet, auch da konnten nochmals markante Einsparungen von ca. 30% gemacht werden.

Man kann wirklich sagen, Stein am Rhein ist bei der Strassenbeleuchtung nicht in der Steinzeit stehengeblieben. Sie setzen sich für einen bewussten Umgang mit der Energie ein und helfen auch Strom sparen, wo es nur geht. Sie sind auch bereit in umwelt-

bewussten Strom zu investieren, die Photovoltaik-Anlage auf der Hoga-Halle wird demnächst fertiggestellt und hilft, einen Teil der benötigten Energie selber zu decken.

*****

Irene Heinzer, SP, informiert, dass bezüglich Chirchhofplatz in der Fraktion die Vorlage mit der Ausführung verglichen wurde. Dabei mussten sie feststellen, dass es massive Unterschiede gibt. Sie werden sich vorbehalten, in absehbarer Zukunft diesbezüglich etwas zu unternehmen.

*****

Werner Käser, FDP, hat eine Frage betreffend dem Entsorgungsverband, den Stein am Rhein zusammen mit den umliegenden Gemeinden hat. Dieser hat eine neue Gebührenordnung erlassen und dabei die Jahrespauschale für Container abgeschafft, das bedeutet für sehr viele Lokale und Gewerbetreibende eine massive Verteuerung der Entsorgung. Kann jemand des Stadtrates Auskunft über die Beweggründe diesbezüglich geben?

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin, ist zugleich auch Präsidentin des Entsorgungsverbandes. Die Gebührenänderung ist nicht eine Erhöhung, sondern bei den Containern wurde die Jahresmarke gestrichen, d.h. es kann nur noch der Bändel, fällig bei jeder Entleerung, benutzt werden. Sie haben den Auftrag, den Abfall verursachergerecht zu entsorgen und sie hatten jedes Jahr im Verband ein Defizit von ca. Fr. 12‘000 aufgrund der verschiedenen Bändel und Marken. Marken konnte man kaufen für 1x leeren pro Woche oder für 2x leeren pro Woche. Dies konnte man aber nicht kontrollieren und daraus resultierte das Defizit.

Die Gebührenordnung wurde deshalb so angepasst, dass dies mit der Marke gestrichen wurde. Jetzt ist es so wie beim Schwarzkehricht, dass man jedes Mal, wenn man den Container rausstellt die Marke anbringt und dann wird er geleert. Von dem her ist es eigentlich keine Erhöhung, sondern Fr. 12‘000 werden verursachergerecht bezahlt und nicht durch die vier Gemeinden des Entsorgungsverbandes.

Werner Käser erwidert, natürlich sei es eine Erhöhung, da diese Betriebe und Haushalte jetzt wesentlich mehr bezahlen. Gibt es Berechnungen darüber, wie hoch die Einsparungen tatsächlich sind? Weil der Lastwagen ja genau gleich an den Containern vorbeifahren muss und schauen, ob ein Bändel am Container ist.

Claudia Eimer weist darauf hin, dass die neue Regelung erst seit Januar gilt und noch keine Erfahrungswerte vorliegen. Sie wissen einfach, dass sie mehr Kehricht eingesammelt haben, als sie Marken verkauft haben und deshalb gab es dort einen Handlungsbedarf. Dies wurde so durch die Delegierten der beteiligten Gemeinden beschlossen.

*****

Rolf Oster, SP, hat eine Frage zu den Äusserungen des Stadtrats bezüglich Beleuchtung. Wie an einer früheren Sitzung erwähnt, wird es eine neue Sportplatz-Beleuchtung geben. Werden dort weiterhin Natriumdampfleuchten eingesetzt? Grundsätzlich könnte auch dort LED eingesetzt werden, hat sich der Stadtrat diesbezüglich schon Gedanken gemacht? Setzt er auf konservative Beleuchtung, die sehr viel Lichtsmog ergibt oder zieht er eine andere Lösung auch in Betracht?

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent, informiert, dass mit dem Fussballclub zusammen eine Arbeitsgruppe eingesetzt wurde. Das Thema wurde eingehend diskutiert und es gibt ganz klare Richtlinien über die Qualität der Beleuchtung. LED-Technik ist im

Bereich Sportplatzbeleuchtung leider noch nicht so weit. Das sind die Angaben, die sie von mehreren Leuchtenlieferanten erhalten haben und zum Entscheid Natriumdampfleuchten geführt haben.

Rolf Oster macht darauf aufmerksam, dass es entsprechende LED-Beleuchtungen gibt, die seit 2011 in Betrieb sind und für die Ausleuchtung besser sind. Es ist eine Tatsache, dass dies nicht in der Schweiz läuft, aber man könnte ja in der Schweiz diesbezüglich eine Vorreiter-Rolle einnehmen.

*****

Peter Spescha, SP, möchte wissen ob Veloständer bestellt sind, welches Fabrikat, wo diese platziert werden und wer sie bezahlt.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent, informiert, dass die Bauverwaltung an der Umsetzung ist. Er kann die vier Fragen nicht im Detail beantworten, aber sie werden bei Saisonbeginn 2014 sicher eine Lösung für die Parkierung der Fahrräder im Städtchen haben.

*****

Jean-Marc Rossi, ÖBS, fragt nach, wann das Referendum „Parkplätze Strandbad“ zur Abstimmung kommt.

Stephan Brügel, Stadtschreiber, antwortet, dass angedacht ist, dass das Referendum zusammen mit der Vorlage des Stadtrats "Strandbadsanierung" im Herbst 2014 zur Abstimmung kommt.

Mitteilung an
Stadtkanzlei
Ablage

*****

Schluss der Sitzung 22.15 Uhr

Stein am Rhein, 9. März 2014

Die Protokollführerin

Yvonne Widmer